



MdL Susann Biedefeld • Heidäcker 29 • 96264 Altenkunstadt

Markt Ebensfeld
z.Hd. Herrn Bürgermeister
Bernhard Storath
Rinnigstr. 6
96250 Ebensfeld

**Abgeordnete
Susann Biedefeld**

Mitglied im Ausschuss für
Bundes und
Europaangelegenheiten
sowie regionale Beziehungen

Altenkunstadt, 08.09.2015

Resolution des Marktgemeinderates zur geplanten Gleichstromtrasse

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Storath,
sehr geehrte Mitglieder des Marktgemeinderates,**

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 11. August 2015, in welchem Sie mich über die Resolution des Marktgemeinderates des Marktes Ebensfeld zur geplanten Gleichstromtrasse informieren.

Ich unterstütze die Inhalte Ihrer Resolution zur geplanten Gleichstromtrasse Süd-Ost (Korridor D) und zum Ausbau der Stromnetze in allen Punkten. Die Region am Obermain ist schon heute durch eine Vielzahl großer Infrastrukturprojekte, wie dem Bau der ICE-Strecke von Nürnberg nach Erfurt, der A73 oder auch dem Umspannwerk in Redwitz, besonders stark belastet. Den Bau einer Gleichstromtrasse durch den Landkreis Lichtenfels lehne ich daher ab.

Zusammen mit meinen oberfränkischen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion (MdL Klaus Adelt, MdL Inge Aures, MdL Dr. Christoph Rabenstein) habe ich schon Anfang dieses Jahres ein Papier mit 10 Argumenten gegen den Bau der Gleichstromtrasse Süd-Ost (Korridor D) aufgesetzt. Dieses füge ich Ihnen zur Kenntnis gerne bei (s. Anlage).

Seit Jahren fordern die SPD-Landtagsfraktion und im speziellen auch die vier oberfränkischen Abgeordneten einen Masterplan für die Energiewende in Bayern ein. Die Vereinbarung der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD am 01. Juli 2015 auf gewisse Eckpunkte zur Umsetzung der Energiewende stellt zwar einen Fortschritt dar (z.B. Nutzung bestehender Trassen, Vorrang von Erdverkabelung), muss sich jedoch noch bewähren. Erdverkabelung und Mindestabstände sind seit Jahren Anliegen der SPD in Bund und Land, weil es gilt, die Menschen und die Natur soweit wie möglich vor weiteren Eingriffen zu schützen. Die Vereinbarung ist allerdings auch eine herbe Niederlage für die CSU-Staatsregierung, die noch vor Ende des Energiedialogs den Bürgerinnen und Bürgern versprochen hatte, mindestens eine der großen HGÜ-

Abgeordnetenbüros:

Heidäcker 29
96264 Altenkunstadt
Telefon: 09572/38 666 0
Telefax: 09572/38 666 32

Sonntagsanger 9
96450 Coburg
Telefon: 09561/ 318 59-0
Telefax: 09561/318 59-2

Maximilianeum
81627 München
Telefon: 089/4126-28 27
Telefax: 089/4126-18 27

e-mail:
s.biedefeld.mdl@t-online.de

Trassen würde nicht gebaut werden. Die Vereinbarung, der auch der bayerische Ministerpräsident zugestimmt hat, sagt jedoch auch, dass sowohl die Gleichstromtrasse Süd-Ost als auch der SuedLink gebaut werden sollen. Monatelang hat Horst Seehofer die Bürgerinnen und Bürger mit falschen Versprechungen in die Irre geführt.

Die bisherige Planung und Umsetzung der Energiewende in Bayern belegt die Orientierungs- und Konzeptlosigkeit der CSU-Staatsregierung. Kein Konzept für die Energiewende in Bayern zu haben ist verantwortungslos.

Heute noch werden über 45 Prozent des bayerischen Strombedarfs von Atomkraftwerken gedeckt. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf. Der Atomausstieg steht seit Jahren fest, eine strategische Planung wurde jedoch versäumt.

Es geht darum, den Ersatz bis ins Jahr 2022 und darüber hinaus zu organisieren. Auch nach dem Ende des Energiedialogs haben die zuständige Ministerin Ilse Aigner und Ministerpräsident Horst Seehofer keine konkrete Vorstellung, wie es im Freistaat weitergehen soll. Es gibt keine Ausbauziele für Windkraft, für Wasserkraft, geschweige denn für Photovoltaik. Pumpspeicherkraftwerke heute JA und morgen NEIN. Und das 10H-Gesetz, gegen das die Landtagsfraktionen von SPD, Freien Wählern und Bündnis 90/ Die Grünen gemeinsam eine Klage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht haben, wäre das Todesurteil für die Windenergie in Bayern und ein weiterer Baustein des energiepolitischen Amoklaufs der CSU-Staatsregierung.

Ich kann die Sorgen und Ängste des Marktgemeinderates sehr gut nachvollziehen und teile sie. Allerdings dürfen wir die Vision einer dezentralen, regionalen Energieversorgung nicht aufgeben. Die Energiewende ist eine große Chance vor allem für unsere ländlichen Gebiete, die Wertschöpfung in der eigenen Region zu halten. Und das bedeutet wiederum Ausbildungsplätze, Arbeitsplätze und Kaufkraft.

Auch bei einer dezentralen Energieversorgung ist natürlich eine Netzumstellung erforderlich. Aber gerade die großen Transit-Monsterstromtrassen braucht es hierzu nicht. Was wir benötigen, sind vor allem mehr dezentrale Stromerzeugung und bessere, neue Speichertechnologien. Eine Energiewende ohne Windräder, ohne große Solarparks, ohne Pumpspeicherkraftwerke, ohne Biogasanlagen und ohne neue Stromtrassen, wie sie die CSU so gerne propagiert, ist utopisch!

Solange wir uns in Bayern nach dem Abschalten der Atomkraftwerke nicht selbst mit genügend Energie versorgen können bzw. die Energie speichern können, muss in Zukunft immer mehr Strom auch aus anderen

Regionen Europas zu uns transportiert werden. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Falls also tatsächlich der Bau großer Transitstromtrassen benötigt wird, ist dies vor allem auch auf fehlende Investitionen in die regionale Energieerzeugung und die Erforschung und Entwicklung neuer Speichertechnologien zurückzuführen.

Um die Frage, welche Stromtrassen tatsächlich notwendig sind, endgültig zu klären, ist sowohl in Deutschland als auch in Bayern ein Masterplan zur Umsetzung der Energiewende von essentieller Bedeutung! Was die Energiewende angeht, irrt die CSU-Staatsregierung trotz Energiedialog und der politischen Vereinbarung der Parteivorsitzenden der Bundesregierungsparteien immer noch ohne ein bestimmtes Ziel, querfeldein in verschiedene Richtungen. Eine Energiewende, wie sie derzeit von der Bundes- und Landesregierung betrieben wird, ist zum Scheitern verurteilt.

Noch ist es für eine dezentrale und ökologisch sinnvolle Energiewende nicht zu spät. Allerdings ist es höchste Zeit, dass in den Regierungsstellen endlich eine wirkliche Strategie zur Umsetzung der Energiewende entwickelt wird.

Ich stimme Ihnen zu, unsere Region darf nicht zum Leidtragenden dieser Planlosigkeit werden. Wie Sie in Ihrer Resolution richtig schreiben, steht für unsere Bürgerinnen und Bürger und unseren Tourismusstandort viel auf dem Spiel. Es muss endlich ein Konzept her! Eine dezentral ausgerichtete Energiewende ist eine riesige Chance für unsere Region. Durch die Orientierungslosigkeit der CSU-Regierung ist diese Chance jedoch in Gefahr.

Ich bitte Sie, mein Schreiben auch an die Mitglieder des Marktgemeinderates Ebensfeld weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen



Susann Biedefeld, MdL

- Anlage:
Positionspapier der oberfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten vom 09.02.2015 „10 Argumente gegen den Bau der Gleichstromtrasse Süd-Ost (Korridor D)“

10 Argumente gegen den Bau der Gleichstromtrasse Süd-Ost (Korridor D)

1. Die neue Stromtrasse ist nicht notwendig

Bayern ist der führende Industrie- und Wirtschaftsstandort in Europa. Damit das so bleibt, muss natürlich auch die Energieversorgung für die Zukunft sichergestellt sein. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022 muss die Energieversorgung in Bayern auf ein sicheres Fundament gestellt werden. Es ist nicht sinnvoll, große Strommengen aus den nördlichen und östlichen Regionen Deutschlands nach Bayern zu transportieren. Vielmehr sollte und kann Bayern seine Energieversorgung selber in die Hände nehmen.

Im Bereich der Erneuerbaren Energien sind wir an der Spitze in Deutschland. Mit einem ordentlichen Zubau von Windkraftanlagen, Pumpspeicherkraftwerken, Blockheizkraftwerken, Photovoltaik, Biomassekraftwerken und einer Steigerung der Energieeffizienz, aber auch mit Gaskraftwerken lässt sich die Versorgungslücke in Bayern, die durch den Wegfall der Kernenergie entsteht, schließen.

2. Die Menschen wollen keine Gleichstromtrasse

Der Widerstand gegen die Gleichstromtrasse Süd-Ost wird von einer großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern getragen: insgesamt haben sich über 300.000 Menschen gegen die Trasse ausgesprochen.

3. Oberfranken darf nicht nur Strom-Transit-Land sein

Es kann und darf nicht sein, dass Oberfranken beim Bau einer möglichen Stromtrasse nur als Strom-Transit-Land erhalten soll. Eine Monstertrasse würde hier die Landschaft verschandeln und Strom nach Südbayern transportieren. Dabei sollte man auch südlich der Donau seine energiepolitischen Hausaufgaben machen und z.B. den Bau von Windrädern zulassen. Dezentrale Versorgungsstrukturen bedeuten, dass man die Energie auch vor Ort erzeugt und nicht hunderte von Kilometern quer durch Deutschland transportiert.

Eine Vor-Ort-Erzeugung bietet vor allem die Chance dezentraler und damit lokaler Wertschöpfung für die Bürger und die Kommunen. Stromtransport würde wohl bedeuten, dass die demografische Abwanderungsbewegung unterstützt wird, weil sich Betriebe und Menschen dort ansiedeln, wo der Strom hinfließt, nicht dort wo er nur durchfließt.

4. Eine neue Stromtrasse vernichtet Arbeitsplätze in der Region

Der Neubau der Stromtrasse kann mancherorts bestimmte Projekte zur Erzeugung regenerativer Energien (z.B. Windparkprojekt in der Stadt Pegnitz) einschränken und bremsen. Dadurch werden die Schaffung neuer, innovativer Arbeitsplätze und die Sicherung regionaler Wertschöpfung erheblich gefährdet.

5. Möglichkeit der Erdverkabelung auf den Weg bringen

Der Vorzug der Erdverkabelung gegenüber einer Freilandleitung ist nach wie vor nicht zufriedenstellend geregelt. Bereits im November 2012 gab es eine Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg, welche eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes dahingehend erreichen wollte,

dass bei künftigen Bauvorhaben der Erdverkabelung Vorrang eingeräumt wird. Dieser Vorschlag wurde vom Deutschen Bundestag im April 2013 mit den Stimmen der damaligen Regierungsfractionen CDU, CSU und FDP abgelehnt!

6. Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit sind nicht abschließend geklärt

Zwar hat die Strahlenschutzkommission im Auftrag des Bundesumweltministeriums einen Bericht zu den biologischen Auswirkungen der Emissionen von Hochspannungs-Gleichstromübertragungsleitungen (HGÜ) erarbeitet und Ende 2013 verabschiedet. Darin werden u.a. akute und langzeitige Wirkungen der elektrischen und magnetischen Gleichfelder dargestellt und diskutiert. Dabei hat die Strahlenschutzkommission die Bewertung getroffen, dass „die bei HGÜ anzunehmenden magnetischen Gleichfelder keine direkten gesundheitlich relevanten Auswirkungen auf die Allgemeinbevölkerung“ haben.

ABER: Es gibt Hinweise, dass auch weit unter den Grenzwerten liegende Magnetfelder bei Kindern Leukämie auslösen könnten.

7. Beeinträchtigung der Tier- und Pflanzenwelt

Viele Tier- und Pflanzenarten würden durch den Bau der Trasse vertrieben bzw. zerstört werden, insbesondere auch bei der Erdverkabelung.

8. Gesetzlich verankerte Mindestabstände zu Stromtrassen

Für einen Netzausbau benötigt man auch klare und nachvollziehbare gesetzliche Rahmenbedingungen. In Bayern gibt es aber nach wie vor keine gesetzlich verankerten Mindestabstände, die man bei einem Bau von Höchstspannungsleitungen einzuhalten hat – im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wie z.B. in Niedersachsen. Warum Mindestabstände von der Windkraftanlage zur Wohnbebauung, aber keine Mindestabstände bei Atomkraftwerken und keine bei Höchstspannungsleitungen?

9. Verschandelung der Landschaft

Gerade wir in Oberfranken haben eine Landschaft, von der die Menschen in ganz Deutschland begeistert sind. Aus touristischer Sicht spielt diese eine wichtige Rolle, denn viele Menschen in Oberfranken leben vom Fremdenverkehr. Ein Bau der Stromtrasse hätte erhebliche Auswirkungen auf diesen Wirtschaftssektor, denn wer verbringt seinen Urlaub schon gerne in einer Gegend, die von gigantischen Stromtrassen durchzogen ist?

10. Die neue Stromtrasse entwertet die Flächen

Mit dem Bau der neuen Starkstromtrasse würden die betroffenen Flächen einer erheblichen Grundstücksentwertung unterzogen, sowohl bebaute Flächen als auch Baugrundstücke. Man kann davon ausgehen, dass dort, wo eine mögliche neue Trasse verläuft, kein Mensch mehr ein Haus bauen oder ein Haus kaufen will. Eine neue Trasse würde die betroffenen Grundstückseigentümer de facto enteignen.

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass mit der möglichen Errichtung einer Gleichstromtrasse Süd-Ost die zentralistischen Stromversorgungsstrukturen in Deutschland und Bayern zementiert werden. Die Politik muss dezentrale Versorgungsstrukturen forcieren. Mit diesen ist eine breit angelegte Versorgungssicherheit wesentlich besser zu erreichen als durch zentralistische Strukturen.